

ANFRAGE von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Schulsozialarbeit an der Zürcher Volksschule

Die Schule und damit die Lehrerschaft sieht sich immer mehr mit sozialen Problemen und Spannungen konfrontiert, deren Bearbeitung weit über den Kernauftrag der Schule hinausgeht.

Die Gründe für diese Probleme liegen in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Familie wird immer schwieriger. Die Schule hat primär einen Ausbildungsauftrag zu erfüllen. Durch die sozialen Probleme, die einerseits von aussen in die Schule hineingetragen werden und andererseits in der Schule selbst entstehen, wird zum Teil der Lernprozess der Schülerinnen und Schüler stark behindert und damit können die Lernziele nicht mehr erreicht werden. Innerhalb der Schule fehlt eine Anlaufstelle, die geeignet ist, die genannten Probleme aufzunehmen und zu bearbeiten.

Hier setzt die Schulsozialarbeit an: Durch eine Fachperson von aussen wird ein niederschwelliger Zugang für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Lehrkräfte, Eltern und weitere im Umfeld der Schule tätige Personen (zum Beispiel Schulpsychologischer Dienst) ermöglicht. Beratungs-, Begleitungs-, Koordinations- und Interventionsangebote werden zur Verfügung gestellt. Soziale Probleme werden präventiv frühzeitig professionell erfasst und lösungsorientiert angegangen. Damit werden langfristig Kosten für teure Fremdplazierungen von Jugendlichen durch eine derartige Präventionsarbeit verhindert. Die Instanzen der Jugendhilfe werden entlastet und ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung eines verbesserten Schulhausklimas geleistet.

Bereits sind Projekte im Kanton Basel-Stadt erfolgreich realisiert. Im Kanton Zürich wird im Rahmen der TAV-Projekte in einzelnen Schulen Schulsozialarbeit erprobt. Die Stadt Zürich führt Schulsozialarbeit in vier Schulkreisen als Koproduktion des Schul- und Sportdepartements und des Sozialdepartements.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat das Angebot und die Bedeutung der Schulsozialarbeit an der Zürcher Volksschule?
2. Ist der Regierungsrat bereit, nach Vorliegen von Ergebnissen aus den bereits laufenden Projekten Bericht zu erstatten?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, wie zukünftig die Volksschule entlastet werden kann?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass gesetzliche Massnahmen auf kantonaler Ebene nötig sind, damit Gemeinden bei Bedarf schulische Sozialarbeit einführen können?

Susanne Rusca Speck
Julia Gerber Rüegg